

# Waldenburger Anzeiger.

Erscheint wöchentlich drei Mal: Dinstags, Donnerstags und Sonnabends.

Preis vierteljährlich 1 Mark, durch die Post bezogen 1 Mark 25 Pf. — Einzelne Nummern 8 Pf. — Insertionsgebühren pro kleingespaltene Zeile für Abonnenten 7 Pf., für Nichtabonnenten 10 Pf. Bei mehrmaliger Insertion entsprechender Rabatt. — Inseraten-Aannahme bis Abends 5 Uhr des vorhergehenden Tages. — Reclamen im Redactionstheil pro Zeile 20 Pf. — Geeignete Beiträge sind stets willkommen.

№ 31.

Dinstag, 10. September

1878.

## Politische Rundschau.

\*Waldenburg, 9. September 1878.

Zur Präsidentschaftsfrage im Reichstage, der am heutigen Tage eröffnet wird, wird mitgetheilt, daß die Deutschconservativen einstimmig für Herrn v. Forckenbeck stimmen werden. Eine Coalition mit dem Centrum bei der Wahl des Bureaus einzugehen, wird von deutschconservativer Seite entschieden abgelehnt, und zwar mit dem Bemerkten, es habe sich seit dem Schlusse der letzten Session in der Haltung der Centrumsfraction gar nichts geändert, so daß von der bisherigen Praxis, das Bureau nur aus Mitgliedern „reichstreuer“ Parteien zu ernennen, nicht abgewichen werden könne. Charakteristisch sind Aeußerungen von Mitgliedern aus der deutschconservativen Partei, wonach ja das Centrum, „wenn es durchaus einen Sitz im Präsidium erhalten wolle, sich mit seinen Allirten der letzten Reichstagswahlen, den Socialdemokraten, verbinden könnte,“ es dürfte ein solcher Ausspruch vielleicht nicht ohne Bedeutung für die Haltung der Deutschconservativen zum Centrum überhaupt sein. Es steht nun fest, daß die maßgebenden Fractionen, die Nationalliberalen, die Deutschconservativen und die deutsche Reichspartei, das Centrum von der Vertretung im Bureau auszuschließen willens ist. Sonach wird das Centrum in allen drei Wahlgängen seine eigenen Candidaten aufstellen. Die Deutschconservativen sollen sich mit der deutschen Reichspartei dahin verständigt haben, Forckenbeck als Präsidenten, einen Deutschconservativen als ersten und ein Mitglied der deutschen Reichspartei als zweiten Vicepräsidenten zu wählen.

Bei Fürst Bismarck in Gestein hat kürzlich der Führer der ungarischen Conservativen, Baron Sennyey, einen Besuch abgestattet, welchen man in Wiener eingeweihten Kreisen als bedeutsam für den Fall ansieht, daß Sennyey österreichischer Minister des Aeußern werden sollte. Es handelt sich darum, klar zu stellen, daß mit Sennyey ein ebenso intimes Zusammengehen, wie mit Andrássy möglich sei. Bismarck soll aus der Unterredung eine volle Beruhigung über das zukünftige Verhältnis zwischen Deutschland und Oesterreich geschöpft haben.

Das Deficit im preussischen Staatshaushalts-Stat, das sich auf 20 bis 25 Millionen Mark belaufen sollte, wird jetzt auf nur 15 bis 16 Millionen angegeben. Das Deficit soll nicht neueren Datums sein, vielmehr hätten eingehende Prüfungen ergeben, daß dasselbe schon seit geraumer Zeit, ohne entdeckt zu werden, das Budget beeinflusst.

Großes Aufsehen machen einige Enthüllungen der socialistischen „Berliner Freien Presse,“ welche diese als Antwort auf die jüngsten Bemerkungen der „Prov.-Corr.“ über die staatsfeindlichen Bestrebungen der Socialdemokratie veröffentlicht. Die „Fr. Pr.“ bemerkt ausdrücklich, daß ihre Angaben, es handelt sich um ein Zwiegespräch, Wort für Wort der Wahrheit entsprechen und daß die Verhandlungen zwischen einem Socialdemokraten und dem Geheimsekretär B. stattgefunden haben. Das Zwiegespräch lautet:

Socialdemokrat: „Sie müssen wollen, wenn Sie mit sich im Klaren sind, und die von mir entwickelten Grundzüge als richtig anerkannt haben.“ — Regie-

rungsunterhändler: „Aber den Fürsten werde ich kaum zu bestimmen vermögen, mit Allem Hergebrachten zu brechen, um neue Reformen zu bewilligen.“ — Socialdemokrat: „Versuchen Sie es, als ehrlicher Politiker und als Anhänger und Diener des monarchischen Prinzips, denn nur durch Einführung gründlicher socialer Reformen vermag sich die Monarchie in der Zukunft zu befestigen. Das Volksthüm . . . . .“ — Regierungsunterhändler: „ . . . . . kommt hier nicht in Betracht, so wenig wie die Monarchie überhaupt. Halten Sie sich versichert, daß ich bei Realisirung meiner Pläne mich nie durch Rücksichten auf die Monarchie habe beschränken lassen. Die von Ihnen angeregten socialen Reformen werden durchgeführt werden, mit oder ohne Monarchie, das ist meine Ueberzeugung, und ich werde gern dazu meine Hand bieten, nur halte ich die Zeit nicht für passend, jetzt von Regierungswegen damit zu beginnen. Die äußere Lage, Sie sagen ja selbst, daß der Krieg unvermeidlich, erfordert die größte Behutsamkeit bei der Behandlung wirtschaftlicher Fragen.“

Bis jetzt hat die Regierungspresse sich über diese bestimmt auftretende Behauptung noch nicht geäußert. Doch könnte man das erwarten und darf man wohl darauf sehr gespannt sein.

Die Führer der nationalliberalen Partei, die in Berlin schon sämmtlich eingetroffen sind, haben bereits eine Berathung abgehalten. Darüber war volle Uebereinstimmung, daß es unter den gegebenen Verhältnissen durchaus unmöglich ist, gegenüber der Socialistenvorlage sich auf den Standpunkt der absoluten Verneinung zu stellen. Freilich wird eine Fassung des Gesetzes, welche bei einer Mehrheit Beifall finden möchte, nur aus der Mitte derjenigen Partei hervorgehen können, welche bisher mit mehr oder weniger Glück die Vermittlerrolle zwischen den Gegenständen nach rechts und links gespielt hat.

Die Motive zum Socialistengesetz sind gestern, Sonntag, Morgen dem Reichstage in Abschrift zugegangen; dieselben werden in der Reichstagsdruckerei gedruckt und Montag schon den Reichstagsmitgliedern zugestellt werden.

Obwohl der socialistische Arbeitercongrès polizeilich verboten war, ist offenbar doch der Versuch gemacht worden, denselben abzuhalten. Es erhellt dies aus folgendem dem „B. T. B.“ zugegangenen Telegramm aus Paris: Bei der am Donnerstag stattgehabten Eröffnung des socialistischen Arbeitercongresses wurden mehrere Verhaftungen vorgenommen. Die Delegirten protestirten hiergegen und erklärten, daß sie eine Civillage anstrengen würden.

Aus Thüringen vom 3 Sept. schreibt man der Volks-Zig.: „Das Reuß ä. L. bei der Abstimmung über das Socialistengesetz sich derselben enthielt, ist bemerkenswerth. Zugleich dürfte die Stimmhaltung allerdings nur eine Consequenz der Haltung sein, die Reuß ä. L. dem Jesuitengesetze gegenüber beobachtet hat. Es hat bekanntlich auch nicht für das Jesuitengesetz, sondern sogar gegen dasselbe gestimmt. Trotz der wenig liberalen Anschauungen, die man bei der Regierung von Reuß ä. L. immer vorausgesetzt, scheint dieselbe aber doch Gegnerin von Ausnahmegeetzen zu sein. Bemerkenswerth ist aber die Abstimmung auch deshalb, weil Reuß ä. L. einer von den deutschen Kleinstaaten ist, in welchem die Socialdemokratie so stark war, es bis zum Siege ihres Candidaten bei der Reichstagswahl von 1877 gebracht zu haben. Es war der Abg. Bloß aus Hamburg, der 1877 in Reuß ä. L. gewählt wurde.“

Vom Occupationschauplaze. Aus Mostar meldet der „Pester Lloyd“: „Alle überwiegend

christlichen Bezirke der Herzegowina sind bereits besetzt und der Frieden hergestellt. Stolaz ergab sich vollständig, es zahlt 50,000 Gulden Contribution und 50,000 Gulden in Lebensmitteln.“

Eine Nachricht von schauerlicher Beredtsamkeit kommt aus Konstantinopel. Sie lautet: Ein Telegramm aus Jakowa (Albanien) meldet, daß Mehemed Ali, nachdem es ihm gelungen war, einer Bande von albanesischen Aufständischen, die ihn bei Jakowo umzingeln wollte, zu entgehen, nach Hangar geflohen war; hier wurde derselbe von den Insurgenten umringt und mit 20 Personen aus seinem Gefolge erschlagen. Der türkischen Botschaft in Berlin geht über diesen Vorfalle folgendes Telegramm zu: „Der Minister des Auswärtigen an den türkischen Geschäftsträger in Berlin. Pera, 7. September Abends 8 Uhr 15 Min. Sie wissen, daß Mehemed Ali Pascha den Auftrag erhalten hatte, sich in jene Gebiete zu begeben, welche mit Serbien und Montenegro verbunden werden sollen, und zwar zu dem Zwecke, die Geister zu beruhigen und die Bevölkerung der Städte auf einen Wechsel vorzubereiten, welcher sie mit Elementen vereinigen sollte, die ihnen sowohl an Abstammung, als an Religion fremd sind. Wir erhalten soeben vom Orte selbst, wo Mehemed Ali Pascha seiner Mission oblag, folgende höchst schmerzliche Nachricht: Die Einwohner von Jakowa und Zpek rotteten sich zusammen und stürzten den Konak, wo Mehemed Ali mit seinem Stabe Wohnung genommen hatte, so daß sich ein blutiger Streit zwischen der Leibwache des Generals und den Aufständischen entspann. Nachdem diese einen Theil des Konaks in Brand gesteckt hatten, gelang es Mehemed Ali, sich in ein besetztes Blockhaus zu flüchten. Auch hierher von den Aufständischen verfolgt, welche mit Gewalt in das Versteck eindringen, wurden der Muschir (Marshall) und einige Offiziere seiner Begleitung erschlagen.“

Batum ist geräumt! Am 6. September Vormittags 11 Uhr zogen die russischen Truppen in Batum ein, sodann wurde in Batumport die russische Flagge aufgehißt und die Verwaltung von den russischen Behörden übernommen. Die türkischen Civilbehörden hatten sich vor dem russischen Einzuge entfernt.

Unter dem Titel „Die Ermordung Mesenzew“ wird jetzt in Petersburg und in den Provinzen im Geheimen eine Broschüre verbreitet, in welcher die „revolutionären Sozialisten“ die Gründe darlegen, die sie zu diesem politischen Mord veranlaßten. Hauptächlich sei dies die Rache gewesen für den unlängst in Odessa hingerichteten politischen Verbrecher Nowalski. Bemerkenswerth ist diejenige Stelle in der Broschüre, in welcher der Regierung folgende Drohung zugerufen wird: „Weh Euch, Regierungsmänner, wenn Ihr den jetzt eingeschlagenen Weg der Tyrannei auch fernerhin befolgen werdet. Wisset, daß ihr uns damit keine Angst einjagen, sondern uns auch zu ferneren schonungslosen Thaten veranlassen werdet. Wisset, daß uns noch viel schrecklichere Mittel zu Gebote stehen, als diejenigen, die schon erprobt sind; von denen wir aber bis jetzt keinen Gebrauch machen wollten, weil sie gar zu grausamer Natur sind. Gütet Euch also, uns zum Aeußersten zu zwingen, denn Ihr wisset, wir erfüllen stets unsere Drohungen!“